

Die Sektion Bonn auf dem Weg in die Zukunft

Richard Rohde, Sektionsleiter Bonn

Die ungewöhnlichen Zeiten der weltweiten Corona-Pandemie haben auch die Bonner Sektion der Gesellschaft für Sicherheitspolitik beeinflusst. Entgegen dem allgemeinen Negativtrend im Informationsumfeld ist diesmal jedoch positiv anzumerken, dass durch die nunmehr als Hybridveranstaltung durchgeführten Informationsabende (zulässige Anzahl an Präsenzteilnehmern und zeitgleiche Übertragung per Internet) nicht nur die Bildungsarbeit erfolgreich fortgeführt, sondern auch die Reichweite deutlich erhöht werden konnte. Teilnehmer aus dem weit entfernten Inland und selbst aus dem Ausland, die ohne das Internet nie erreichbar gewesen wären, sind mittlerweile immer wieder dabei. Dennoch ist zu hoffen, dass trotz dieses guten Mix, der in jedem Fall aufrechterhalten werden soll, wieder mehr präsenzteilnehmende Teilnehmer in den Veranstaltungen möglich sein werden. Wir wollen nicht nur virtuell wahrgenommen werden, es darf auch gerne wieder „menscheln“.

Die Kooperationsplanungen der Bonner Sektion laufen weiter. Neben der bereits existierenden Zusammenarbeit mit dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRBw), der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT), der Clausewitz-Gesellschaft, der Vereinigung Women in International Security (WIIS) wird die Zusammenarbeit mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft (DAG) und dem Center for Advanced Security, Strategic and

Integration Studies (CASSIS) der Bonner Universität mit Vorteilen für alle Partner intensiviert werden.

Ergänzend wurde die Idee einer Jugendorganisation (Junge GSP) in Bonn proaktiv umgesetzt. Durch intensivierte Kontakte zum universitären und schulischen Bereich haben sich bereits mehr als 35 junge Menschen unter 35 Jahren mit enormem Elan engagiert, das große Spektrum der sozialen Medien aktiviert und mit entsprechenden Richtlinien auf sichere Füße gestellt. Die Symbiose zwischen jungen und lebenserfahrenen Menschen hat zu mess- und sichtbaren Entwicklungen ge-

führt, die der GSP mehr als guttun. So kommt im nebenstehenden Artikel aus gutem Grund auch der kommissarische Beauftragte für die Junge GSP, Benedikt Roelen, mit einem Beitrag zum sogenannten Iran-Atomabkommen zu Wort. Der Verfasser ist Hauptmann der Bundeswehr arbeitet im Zentrum für Operative Kommunikation in Mayen. Im Team Junge GSP sind außer ihm noch Christiane Heidbrink und Marcel Turlach eingesetzt.

Ziel dieser kurzen Deskription der selbstständigen Sektion Bonn ist die Erläuterung ihrer ehrenamtlichen sicherheitspolitischen Informationsarbeit. Sie ist gerade in den spürbar schwierigen und bedrohlicher wahrgenommenen Zeiten ein Garant gegen Extremismus und für eine nachhaltig ausgerichtete Politik für die Bürger. Es lohnt sich – seien Sie dabei und engagieren sich. Schauen Sie auf unsere Homepage: www.gsp-sipo.de oder auch in den sozialen Medien.

In eigener redaktioneller Verantwortung.

Foto: Rohde



Das Team Bonn bei der Hybridveranstaltung „Terroristen von nebenan“ mit Rolf Clement. Des Weiteren: Roland Heckenlauer (Stv. Sektionsleiter), Dr. Sascha Arnautovic (neuer Sektionsleiter Köln), Richard Rohde, Christiane Heidbrink (Junge GSP)

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparca-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Prof. Dr. Johannes Varwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)

Selbstständige Sektion Brüssel: bruessel@gsp-sipo.de

Die Ungewissheit der nuklearen Abschreckung

Der Vertragsaustritt der USA ist in den Schwächen des Iran-Abkommens begründet

Benedikt Roelen

Der 14. Juli 2015 ging als ein historisches Datum in die Geschichte Wiens ein. Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Russland und China) unterzeichneten in der österreichischen Hauptstadt zusammen mit Vertretern Deutschlands und der Europäischen Union (EU) den Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), das sogenannte Atomabkommen mit dem Iran. Die Sanktionen gegenüber Iran wurden aufgehoben. Das Land verpflichtete sich im Gegenzug, das nationale Atomprogramm nur noch für zivile Zwecke zu nutzen. Nach der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA kündigte dieser an, das Abkommen wieder zu verlassen und den Iran mit amerikanischen Sanktionen zu belegen. Knapp drei Jahre nach der Unterzeichnung traten die USA dann am 8. Mai 2018 aus dem Abkommen aus. Die Zustimmung Irans zum JCPOA lässt sich mit John J. Mearsheimers Offensivem Neorealismus erklären: Dank des Vertrags konnte die Führung in Teheran ihre Rolle als Regionalmacht ausbauen. Das Wegfallen der Sanktionen erhöhte den Wohlstand, woraus sich in der Annahme von Neorealisten militärische Macht generiert. Auf die Absicherung der ersten drei Schritte durch eine Atomwaffe konnte der Iran deshalb gut verzichten, da der Status als nukleare Schwellenmacht erhalten blieb, der Vertrag sowieso auf 15 Jahre begrenzt ist und zudem ein nukleares Wettrüsten in der Region vermieden werden konnte.

Iran destabilisiert die Region

Was der Vertrag nicht erfüllen konnte, ist eine Unterbindung der destabilisierenden Rolle des Iran. Das Land führt einen Stellvertreterkrieg in Jemen und unterstützt Milizen im benachbarten Irak und in Syrien sowie die Hisbollah im Libanon, worin besonders Israel eine hohe Gefahr für die eigene Sicherheit sieht. Zwischen 2018 und 2019 baute der Iran zudem seine maritimen Fähigkeiten zur Kontrolle des Golfs aus, eine Einschränkung des weltweiten Freedom of Movements, was die Verei-

nigten Staaten nicht dulden konnten. Im Jahr 2019 wurde sogar ein militärischer Konflikt zwischen Iran und den Vereinigten Staaten für möglich gehalten: Es herrschte kurzzeitig die Auffassung, dass sich die Kontrahenten USA und Iran in einer ähnlichen Situation wie die europäischen Mächte 1914 befänden, wonach ein Kriegsausbruch auch ungewollt durch Missverständnisse zustande kommen könnte. Die Geschehnisse entwickelten sich soweit, dass eine saudische Raffinerie durch iranische Luftangriffe zerstört wurde. Ein US-Kommando tötete zudem im Dezember 2019 General Qasem Soleimani, den Kommandeur der Quds-Einheit der iranischen Revolutionsgarden, ein Schritt, den die Führung in Teheran auch als kriegerischen Akt der Vereinigten Staaten verstanden haben könnte. Mit Beginn der globalen COVID-19-Pandemie schien sich die Lage zu entschärfen.

Rote Linie überschritten

Damit lässt sich mit dem Offensivem Neorealismus Mearsheimers auch das Scheitern des JCPOA erklären. Die durch das Abkommen gewonnene Position des Iran als Regionalmacht war für die Administration Trump das Überschreiten einer roten Linie. In letzter Zeit drängte zudem das Weiße Haus darauf, dass mithilfe der vertraglichen Snapback-Mechanismen die Sanktionen gegen Iran wieder vollumfänglich eingesetzt werden. Problematisch ist hier, dass die USA formal nicht mehr Vertragsstaat des JCPOA sind, wodurch die Aktivierung des Snapback-Mechanismus durch diese nicht angeregt werden kann. Ein Versuch, das Sanktionsregime mithilfe des Sicherheitsrats wieder in Gang zu bringen, scheiterte kürzlich am Veto Russlands und Chinas. Frankreich, Großbritannien und Deutschland, noch bis Ende 2020 Nichtständiges Mitglied, enthielten sich.

Diplomatie und Allianzbildung

Fraglich ist nun, ob Joe Biden als möglicher US-Präsident ab Januar 2021 den aktuellen

außenpolitischen Kurs ändern mag oder kann. Immerhin kam das JCPOA in seiner Amtszeit als Vizepräsident zustande. Die westlichen Verbündeten des JCPOA wollen trotz vermuteter Vertragsbrüche Irans am Abkommen festhalten. Es wird davon ausgegangen, dass Biden einen Kompromiss zwischen dem durch die Administration Barack Obamas unterzeichneten Atomabkommen und dem Kurs der maximalen Härte der derzeitigen US-Regierung sucht. Biden gilt insgesamt als ein Befürworter des Abkommens. Unabhängig von dem Ausgang der US-Präsidentenwahlen im November sind bei oben genanntem sicherheitspolitischen Gefüge vorerst keine großen Änderungen zu erwarten: Die USA können derzeit bei einem gespaltenen Sicherheitsrat und dem Status als ehemaliger Vertragsstaat des JCPOA keine neuen internationalen Sanktionen implementieren. Gleichzeitig versuchen die USA jedoch, durch Diplomatie und Allianzbildung die Nachbarschaft am Golf zu neuen Konstellationen zu bewegen. So fand kürzlich der erste Direktflug zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel statt. Auch denkt mittlerweile die saudische Führung über mögliche Kooperationsformen mit Israel nach. Gegen diese Entwicklung hat der Iran – zumindest im Fall der Vereinigten Arabischen Emirate – Protest eingelegt.

COVID-19 fordert alle Staaten

Allen Staaten gemein sind derzeit gesundheitspolitische Herausforderungen durch COVID-19. Das betrifft die Vereinigten Staaten und den Iran fast gleichermaßen. Die Islamische Republik wurde durch die erste Infektionswelle massiv getroffen, neben den medizinischen Folgen auch mit massiven Konsequenzen für die Wirtschaft: Das Bruttoinlandsprodukt sank um 15 Prozent. Die Corona-Maßnahmen und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Folgen führten zu einer Protestwelle im Iran. Für die Wirtschaftskrise machen die Iraner jedoch auch das Missmanagement der Regierung Hassan Rouhanis verantwortlich. Der derzeit global niedrige Ölpreis verstärkt den Effekt. Letztendlich kann man davon ausgehen, dass sich das Verhältnis zwischen dem Iran und den USA (mit den jeweiligen Verbündeten) kurzfristig nicht ändern wird. COVID-19 könnte als lähmender Effekt auftreten, der den bestehenden Konflikt weder entschärft noch verschärft.

Anders könnte dies aussehen, wenn im Rahmen von Wahlen erneut zwei Regierungen ins Amt kämen, welche zur Kooperation bereit wären.